



Gefährliche Beute

✘ Als sich die Truppen zum langen Kampf gegen den Terror formierten, wollte Deutschland besonders schlau sein. Statt sich mit Bodentruppen zu beteiligen, schien die Sicherung des Horns von Afrika zur See eine lohnende Aufgabe ohne allzu große Gefahren. Inzwischen gilt die von der Bundesmarine gesicherte Zone als das gefährlichste Seegebiet der Welt. Aber auch auf die dort operierenden moslemischen Piratenbanden lauert manche Gefahr. Besonders, wenn sie ein iranisches Schiff mit rätselhafter Ladung erwischen.

Während alle Welt gebannt auf das Drama eines entführten ukrainischen Frachters mit Kampfpanzern blickt, sterben im somalischen Küstendorf Eyl, einem der Hauptstützpunkte der Seeräuber, mehrere Personen unter rätselhaften Symptomen. Auch diese Männer sind Piraten, und sie sind mit der Ladung eines gekaperten iranischen Containerschiffes in Berührung gekommen. Alles weist darauf hin, dass entweder radioaktive Substanzen oder chemische Kampfstoffe an Bord waren.

Das geheimnisvolle Schiff, die *Iran Deyanat* gehört der „Islamic Republic of Iran Shipping Lines“ (IRISL), einer Gesellschaft im Besitz des iranischen Staates, die vom Militär betrieben wird. Nach Erkenntnissen amerikanischer Behörden fälscht die Gesellschaft regelmäßig Schiffspapiere, um die gegen den Iran verhängten Sanktionen zu umgehen.

Die *Iran Deyanat* lief im Juli in Nanjing, China, aus. Bestimmungshafen war Rotterdam, wo sie laut Frachtpapieren

eine Ladung von 42.500 Tonnen Eisenstein und „Industrieprodukte“ für einen Auftraggeber aus Deutschland anliefern sollte. Der Ölminister der somalischen Region, der mittlerweile mit den Piraten in Verbindung steht, bekräftigt dagegen: „Dieses Schiff ist ungewöhnlich, es trägt keine normale Schiffsfracht“.

Tatsächlich weisen die Symptome der erkrankten oder bereits gestorbenen Piraten, die wohl aus Neugier den Containern zu nahe kamen, darauf hin, dass es sich bei der Ladung um chemische Kampfstoffe handeln könnte. Ob diese tatsächlich für einen Kunden in Deutschland bestimmt waren, oder unterwegs inoffiziell an islamische Rebellen Gruppen irgendwo in Afrika abgegeben werden sollten, ist unklar wie vieles, was sich im Verantwortungsbereich der deutschen Marine vor dem Horn von Afrika abspielt.

(Quelle: The Times, Spürnase: Bernd)

Terrordrohungen gegen ägyptische Klöster



Wegen islamischer Terrordrohungen sind in Ägypten mehrere Klöster geschlossen worden. Gemäß Angaben der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) haben

die Kirchenvorsteher Drohbriefe erhalten. Bedroht mit dem „Heiligen Krieg gegen die Ungläubigen“ werden das syrisch-orthodoxe Kloster Deir al-Suryan, die koptisch-orthodoxen Deir Anba-Bishoy und Deir al-Baramus sowie das Kloster Mar Mina in Alexandria.

Im Internet wurde zu Terroranschlägen gegen die genannten Klöster aufgerufen. Die Kirchenvorsteher schätzen die Gefahr für Besucher und Bewohner der Klöster als groß ein. Sie sollen daher aus Sicherheitsgründen bis voraussichtlich 14. Oktober geschlossen bleiben. Noch sei unklar, wer hinter den Drohungen stecke.

Die Drohungen gegen die Klöster sind keine Einzelfälle™:

*Bereits am 19. September war eine historische griechisch-orthodoxe Kirche in Rasheed angegriffen worden, so die IGFM. Der ägyptische Rechtsanwalt Mohammed Mustafa und seine Söhne Mohammed und Mahmud, beide Staatsanwälte, hätten 50 Männer mit der Zerstörung der Kirche beauftragt. Die Polizei habe weder auf die Terrordrohungen, noch auf den Angriff auf die Kirche reagiert. Auch das südlich von Kairo gelegene Kloster Abu Fana, das am 31. Mai von 70 Männern angegriffen worden war, sei nicht von der Polizei geschützt worden. Vier Mönche wurden schwer verletzt, drei weitere entführt. **Die Polizei war umgehend informiert worden, erschien jedoch drei Stunden zu spät.***

*Der islamische Geistliche Zaghoul al-Naggar hat laut IGFM im Internet zum „Heiligen Krieg“ gegen christliche Klöster aufgerufen. Der ägyptischen Zeitung al-Khamis erklärte er, dass die koptische Kirche in Wadi al-Natrun **eine zum Islam konvertierte Christin gefangen halte**. Im vorigen Jahr verbreitete er die Nachricht, **die koptische Kirche versuche heimlich, Muslime zu bekehren**. Christen stellen mit schätzungsweise acht bis zehn Millionen Personen rund acht Prozent der etwa 79 Millionen ägyptischer Staatsbürger. In*

ihrer Mehrheit sind die Christen Kopten, vor allem orientalische Orthodoxe. Es gibt aber auch einige koptische Katholiken. Die griechisch-orthodoxen, griechisch-katholischen und protestantisch-arabischen Christen bilden jeweils kleine Gemeinschaften.

Die Begründung für die immer brisanter werdende Christenverfolgung ist in allen islamischen Staaten dieselbe: Die Christen haben sich der Sünde des Unglaubens schuldig gemacht und verführen Rechtgläubige zum Abfall von Islam. Die todeswürdigen Ex-Muslime verstecken sie in ihren Klöstern. Die Christen setzen sich in subversiver und unislamischer Weise für die Einhaltung der Menschenrechte ein.

(Spürnasen: BRD2008 und Jens T.T)



EU kauft Medien für Propaganda



Die EU-Kommissarin für Kommunikation, Margot Wallström (Foto), will der allgemeinen Öffentlichkeit nur „die Informationen vermitteln, die für sie von Belang sind.“ Mit anderen Worten, über die EU soll nur publiziert werden dürfen, was der EU genehm ist. Vor allem bedeutet es, den für die Öffentlichkeit bestimmten „Belang“ selbst zu benennen und für die Vermittlung der „passenden“ Informationen viel Geld zu zahlen.

~~Genossin~~ Sozialdemokratin Margot Wallström hat zu diesem Anliegen auf ihrer Website eine Videobotschaft veröffentlicht, die den schönen Titel „Kommunikation über Europa“ trägt und ebendiese EU-freundliche Medienzensur schmackhaft machen soll. Einen Auszug aus dem Propagandafilmchen sehen Sie hier:

Joe Hennon, der Sprecher Wallströms, verteidigt das Video und weist den Vorwurf, die Kommission betreibe Propaganda, vehement zurück:

„Wir schränken nicht die journalistische Unabhängigkeit ein, wir berufen uns auf das demokratische Recht der Bürger, sich vielfältig informieren zu können, und wir wollen damit einen Beitrag zur Schaffung einer europäischen Öffentlichkeit leisten. Wir nehmen keinen Einfluss auf die redaktionelle Arbeit.“

Die FAZ findet indessen diesen Vorstoß zur Imageverbesserung der EU auch nur mäßig amüsant. Sie schreibt:

Neu sind die Methoden der EU nicht. Bereits vor vier Jahren

schrieb sie ein Förderprogramm aus, für das sich private und öffentlich-rechtliche lokale und regionale Fernseh- und Rundfunksender bewerben konnten. 6,4 Millionen Euro wurden für Europa bereitgestellt, auf Deutschland entfiel knapp eine Million Euro (Die EU bezahlt Journalisten, um ihr Image zu pflegen). Zwölf deutsche Projekte erhielten diese „Unterstützung“ für journalistische Beiträge, die explizit der „Imageverbesserung“ der EU und ihrer Institutionen dienen sollten. „Die Bürger sollen deren Aufgaben, Strukturen und Leistungen besser kennenlernen und verstehen“, hieß es damals in einer EU-Mitteilung. Zu den Geförderten, die sich verpflichten mussten, das Image der EU „weder direkt oder indirekt zu schädigen“, gehörten private Sender wie „Untersberg Live“, „Oberpfalz TV“ oder „TV Touring“ sowie öffentlich-rechtliche wie der Bayerische Rundfunk, der Südwestrundfunk und der Mitteldeutsche Rundfunk. Zu sehen bekamen die Zuschauer in der Folge unkritische Beiträge über EU-Subventionen oder distanzlose Beiträge über die Arbeitsweise von EU-Institutionen.

Auch für die Zukunft wurde bereits geplant.

Für kommendes Jahr plant die Kommission nach Angaben Hennons, ein Konsortium von insgesamt zwölf Radiosendern, darunter die Deutsche Welle, mit 5,9 Millionen Euro zu fördern. Hinzu kommen neun Millionen Euro für das Programm „Europa by Satellite“, das Journalisten mit Bild- und Tonmaterial versorgt, und 10,7 Millionen Euro an Zuschüssen für den Fernsehsender „Euronews“. Die Informationen zu vermitteln, die für die Öffentlichkeit „von Belang“ sind – dafür scheut die EU offenbar weder Mühen noch Kosten.

Wenn eine Diktatur am Ende ist, lässt sie sich dennoch weiter führen, solange genügend Propaganda-Mittel vorhanden sind, der Öffentlichkeit eine regime-positive und plausible „Wahrheit“ zu vermitteln.

(Spürnase: Armin R.)

Autonom-nationalistische Moslems gefasst



Die von der Linkspresse flugs zu „Autonomen Nationalisten“, also einer besonders gefährlichen Variante von „Nazis“ umgelogenen Gewalttäter, die ein Erntedankfest im hessischen Bad Sooden-Allendorf überfallen und 15 Festbesucher erheblich verletzt hatten, sind gefaßt. PI-Leser mag es wenig wundern, Konsumenten der Qualitätspresse umso mehr, wer da zum Vorschein kommt.

Die FAZ gesteht:

Sechs Wochen nach dem brutalen Überfall von vier mit Schlagwerkzeugen bewaffneten Männern auf Besucher eines Erntefestes im nordhessischen Bad Sooden-Allendorf hat die Polizei die mutmaßlichen Täter gefasst. Es handelt sich um Männer zwischen 18 und 22 Jahren, die in Rendsburg in Schleswig-Holstein wohnen, wie die Beamten in Eschwege am Dienstag mitteilten.

Die beiden Türken, ein Libanese und ein Deutscher werden verdächtigt, bei dem Überfall 15 Menschen verletzt zu haben, als sie das Fest stürmten und wahllos auf Gäste einschlugen. Bei Durchsuchungen der Wohnungen von den vier Männern sei ein Holzknüppel sichergestellt worden.

Die vier seien bereits wegen anderer Gewaltdelikte der Polizei bekannt. Zu dem Vorfall in Bad Sooden-Allendorf

hätten die Männer keine Angaben gemacht. Laut Polizei bleiben die vier wegen fehlender Haftgründe auf freiem Fuß.

Haftgründe können wir auch nicht erkennen. Schließlich ist es ja nicht verboten, doch kein Nazi zu sein.

Frühere Berichte zum Thema hier.
(Vielen Dank an alle Spürnasen)

Bewährung für Opa Johanns Killer



- Opa Johann ist tot, erst zum Krüppel gefahren und dann an den Folgen des Unfalls gestorben. Tatwaffe: Ein 500er S-Klasse-Mercedes. Täter: Ein Polizei bekannter, bereits einmal abgeschobener HartzIV-Empfänger aus Algerien. Für die Tat wurde Abdul H., anfangs von den Medien zu seinem ganz persönlichen Schutz mit einem anderen Namen ausgerüstet, mit 15 Monaten Haft belohnt, nachdem er zuvor seinen Richter bedroht hatte. Jetzt wurde die Nichtstrafe auch noch zur Bewährung ausgesetzt.

Das Urteil: 15 Monate Haft. Weil er eine „Gefahr für die Allgemeinheit darstellt“, sollte er nach seiner Haftstrafe abgeschoben werden. Doch jetzt das: Das Kölner Landgericht setzte die Strafe zur Bewährung aus. Abdul H. ist ein freier

Mann!

Nach einer „positiven Sozialprognose“ wurde Abdul H. jetzt vorzeitig aus der Haft entlassen. Die Entscheidung sorgt beim Kölner Ausländeramt für Unverständnis.

Eine Stadtsprecherin: „Eine positive Sozialprognose erschwert die Ausweisung ungemein, macht sie eigentlich so gut wie unmöglich.“

Wer glaubt da noch, in einem Rechtsstaat zu leben?

(Spürnasen: Dirk W., Harald F., Christian N., Klaus und halblinker Nachbessermensch)

Al Quds-Tag: Gegendemo mit Beigeschmack



Die pro-israelische Gegenveranstaltung zum Al Quds-Tag, die am 27.09.2008 auf dem Breitscheidplatz in Berlin direkt neben dem Kudamm stattfand, wurde kurz vor dem Ende überschattet vom Platzverweis des Vorsitzenden des ipahb e.V. Joachim Swietlik. Dieser Platzverweis wurde erwirkt von Evrim Baba, einer

kurdisch-muslimischen Abgeordneten der Fraktion „Die Linke“ des Berliner Abgeordnetenhauses. (*Gastbeitrag von Joachim Swietlik*)

Wie in den Jahren 2006 und 2007 nahm eine Delegation des ipahb e.V. an der Veranstaltung gegen den Al Quds-Tag teil. Abgesehen vom Umstand der geringen Teilnahme war die eigentliche Veranstaltung stimmungsvoll und wirklich gelungen.

Als im Verlauf der Veranstaltung der Küster der Kaiser-Wilhelm- Gedächtnis-Kirche darauf bestand, das Banner mit dem Motto der Veranstaltung von der Mauer der Kirche zu entfernen, war es der Vorsitzende des ipahb e.V. J. Swietlik, der zur Bühne lief und die Veranstalter ermutigte das Banner nicht einfach abzunehmen und wegzupacken, sondern es von Mitstreitern hochhalten zu lassen. Dieser Vorschlag wurde dankend angenommen und sofort umgesetzt.

Umso befremdlicher war der Platzverweis, der ca. 20 min. später erfolgte. Die Begründung war, man will nicht mit Moscheegegnern gemeinsam demonstrieren. Selbst das Angebot für ein kurzes klärendes Gespräch wurde abgelehnt. Frei nach dem Motto: Wer gegen Moscheen demonstriert ist ein Rechter, Rechte sind alles NAZIS und mit NAZIS reden wir nicht.

E. Baba ging sogar soweit, dass sie ein durch das Tragen der Kippa eindeutig erkennbares Mitglied der Jüdischen Gemeinde Berlin, das lediglich vermitteln wollte, ebenfalls einen Platzverweis erteilen lies und ihn somit von der Veranstaltung seiner eigenen Gemeinde ausschloß. Leider bemerkten die Verantwortlichen Vertreter der jüdischen Vereine von alledem nichts, so dass sich Frau Baba „voll verwirklichen“ konnte.

Um die Umstände klar auf den Punkt zu bringen: Bei dieser Veranstaltung wurde von einer kurdischen Muslima ohne Rücksprache mit den anderen Veranstaltern, willkürlich darüber entschieden, wer für das Existenzrecht des Staates Israel und aller Juden demonstrieren darf und wer nicht.

Ein ungeheurerer Vorfall, paradoxer geht es wirklich nicht!

Diese Kundgebung, die klar pro-israelisch war und sich gegen die massive antisemitische und antiisraelische Hetze aus muslimischen Kreisen anlässlich des Al Quds-Tag richtete, wurde von Frau Baba, der Partei der Stasi und der Mauermörder mißbraucht, um ihre Diffamierungs-, Ausgrenzungs- und Isolationspolitik gegenüber Moschee-Gegnern und Andersdenkenden durchzusetzen. Man schreckte nicht einmal davor zurück, selbst jüdische Mitbürger, deren unbestreitbares Recht es ist, an einer solchen Veranstaltung teilzunehmen, zu verbannen.

Die Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit/Berlin, die Deutsch-Israelische Gesellschaft und „DIE LINKE“ waren gemeinsame Initiatoren und Veranstalter dieser DEMO.

Es bleibt zu hoffen, dass die wirklichen Freunde und Unterstützer Israels zukünftig darüber wachen, mit wem sie Schulter an Schulter demonstrieren, um nicht zuzulassen, dass eine vom Verfassungsschutz unter Beobachtung stehende Partei rücksichtslos ihre eigenen Interessen über die Interessen einer pro-jüdischen Veranstaltung setzt.



Tut mir leid, Sie zu stören, Mr. Obama, Sir



Entschuldigen Sie bitte, Mr. Obama, Ich meine Senator Obama, Sir. Ich weiß, ähm... Sie sind wichtig und beschäftigt und so. Ich meine, sich für die Präsidentschaftswahl aufstellen zu lassen ist sehr wichtig und... eh... ich hasse es, sie zu belästigen. Es dauert nur eine Minute, ok Sir? Sehen Sie, ich habe da ein paar kleine, fehlende Puzzleteile, die mich beschäftigten.

Ich habe mich gefragt, Sir, ob Sie in ihrem vollen Zeitplan einen Moment finden könnten, um mir weiterzuhelfen. Keine große Sache, wissen Sie, nur ein paar offene Fragen und solchen Kram.

Hey, Sie haben es aber schön hier! Meine Frau sieht sich Häuser wie dieses immer im Fernsehen an und wünscht sich auch so zu wohnen, wissen Sie? Ist dieses Gemälde echt? Wirklich? Wow! Ich habe sowas mal in einem Museum gesehen.

Oh, entschuldigen Sie bitte, Sir, jetzt bin ich vom Thema abgekommen. Wenn Sie mir bitte nur einen Moment behilflich sein könnten und mir ein paar Details geben würden, bin ich Ihnen sofort aus dem Weg. Ich will diesen Fall abschließen und mit meiner Frau vielleicht nach Coney Island fahren. Waren Sie schon einmal in Coney Island?

Gut, hören Sie, ich komme irgendwie an ein paar Informationen

einfach nicht heran, die ich dringend brauche. Irgendwie sind sie alle „verschlossen“ oder „nicht verfügbar“. Ich bin sicher das ist nur ein Versehen oder ein Missverständnis oder so etwas. Wenn Sie mir sagen könnten, wo diese Informationen zu finden sind... ich... ähm... habe es hier irgendwo aufgeschrieben... oh, warten Sie. Entschuldigen Sie die Flecken auf dem Papier, es regnet draußen. Ich lese Ihnen den Zettel vor.

Können Sie mir helfen, diese Informationen zu finden, Sir?

- Ihre College Unterlagen, besonders von der Columbia
- Ihre Doktorarbeit auf der Columbia
- Ihre Unterlagen von Harvard
- Die *Harvard Law Review* Artikel von Ihnen, die angeblich publiziert worden sind
- Ihre Registrierung beim Selective Service
- Ihre medizinischen Unterlagen
- Die Akten des Senats von Illinois, inklusive der Pläne für die Zukunft
- Eine Liste der von Ihnen rechtlich betreuten Klienten
- Eine beglaubigte Kopie ihrer Original-Geburtsurkunde
- Ihren Taufschein

Oh hey, hören Sie! Ich weiß, Sie sind sehr beschäftigt. Ist das zuviel für Sie für den Moment? Ich sage ihnen was. Ich komme morgen wieder. Ich gebe Ihnen etwas Zeit, die Sachen zusammenzusuchen, wissen sie. Ich meine, ich weiß ja, wie beschäftigt Sie sind. Ich gehe jetzt und komme morgen wieder – und am Tag danach...

(Quelle: Diverse englischsprachige Blogs in unterschiedlichen Varianten)

Huber weg – Seehofer kommt – Union ratlos

☒ Nach der CSU- Wahlschlappe geht Erwin Huber. Gut. Dafür kommt Horst Seehofer (*Foto*). Noch schlechter. CDU-Wirtschaftsexperte Lauk fordert im Tagesspiegel ein geschärftes konservatives Profil der Union. Erbschaftssteuer und Familienpolitik. Man muss es dem Wahlvolk besser verkaufen. Fehlt da nicht was?

Wenn die CSU den farblosen Huber durch den konturlosen Seehofer ersetzt, ist das sicher alles andere als die von Lauk eben noch geforderte Schärfung des konservativen Profils. Welt-online berichtet:

Für den Berliner CSU-Landesgruppenchef Peter Ramsauer ist der Führungswechsel ein Zeichen an die Wähler nach dem Wahlfiasco in Bayern. Die CSU wolle ein „Signal an unsere Wähler geben, dass wir das Wahlergebnis ausgesprochen ernst nehmen“, sagte Ramsauer vor einer Sondersitzung der CSU- Abgeordneten im Bundestag in Berlin. Bei Inhalt und Personen sollten die Weichen dafür gestellt werden, dass die CSU die Bundestagswahl erfolgreich bestehe.

Seehofer gegen Huber getauscht – ist das die Schärfung des konservativen Profils? Aber auch was Lauk forderte, etwa, dass man den älteren Wählern das moderne Frauenbild der Union besser vermitteln müsse, geht haarscharf am Ziel vorbei.

Kurt Joachim Lauk im Tagesspiegel:

Die Union muss die verbleibende Zeit der großen Koalition nachhaltig dafür nutzen, Profil zu gewinnen. Wenn sie das versäumt, droht ihr im Bund ein ähnliches Schicksal wie der CSU in Bayern. Sie wird erheblich an die FDP und das Heer der Nichtwähler verlieren, womöglich auch an freie Wähler, die

sich entschließen könnten, bundesweit anzutreten.

Wie stellen Sie sich eine solche Profilierung vor?

Wir müssen dafür sorgen, dass sich die bürgerlichen Wähler vom Staat nicht länger ungerecht behandelt fühlen. Die Themen liegen auf der Hand. Die Union muss für ein einfaches und klares Steuersystem kämpfen. Und natürlich müssen die Koalitionspläne zur Erbschaftsteuerreform grundlegend überarbeitet werden. In der jetzigen Form handelt es sich um ein bürokratisches Monster, das so nicht kommen darf. Diesen Unsinn darf die CDU nicht mitmachen, denn dafür würde sie von ihren Wählern massiv bestraft werden.

Auf viele konservative Unionswähler wirkt auch die moderne Familienpolitik von Ursula von der Leyen abschreckend. Hat die Merkel-CDU ihre Klientel überfordert?

Im Kern führt an von der Leyens Familienpolitik kein Weg vorbei. Gut ausgebildete Frauen, die Kinder haben und arbeiten gehen wollen, müssen dafür die Möglichkeiten erhalten. Außerdem muss eine aufgeklärte Volkspartei zur Kenntnis nehmen, dass frühkindliche Bildung in Hort und Kindertagesstätte für die Entwicklung von Kindern von großer Bedeutung ist. Noch haben viele ältere Unionswähler Schwierigkeiten mit dem modernen Frauen- und Familienbild. Wir werden ihnen unsere Politik besser erklären müssen.

Da ist sie wieder, die dreiste Arroganz der Politiker: Wenn der Souverain einen anderen Willen hat als die Pateibürokraten, dann müssen die Bürokraten es dem Souverain nur besser erklären. Wieviele Wahlniederlagen braucht es noch, bis die ehemaligen Volksparteien darauf kommen, sich für den Willen des Volkes zu interessieren?

Wenn in Köln-Ehrenfeld der bis dahin größte Ortsverband nicht nur seinen populären Vorsitzenden Jörg Uckermann verliert, sondern die Kölner CDU gleich noch ein Drittel ihrer

Mitglieder, dann liegt es nicht an der Erbschaftssteuer und nicht daran, dass das moderne Frauenbild nicht richtig erklärt wurde. Solange es keinen in der CDU gibt, der wenigstens den Mut findet, das Unaussprechliche auszusprechen, gibt es auch weiterhin nur eine Richtung: Abwärts.

In Deutschland eine Deutsche geheiratet ...



Nachfolgend veröffentlichen wir den Erfahrungsbericht eines PI-Lesers direkt aus der türkischen Parallelgesellschaft in Dormagen bei Köln. Es sind diese Zustände, die unsere Politiker mit ihrem DiaLÜG mit den selbsternannten Moslemvertretern, die keinerlei Integration anstreben, zu verantworten haben. Lob für uns ist auch dabei. Und weil wir so viel Haue bekommen, lassen wir's einfach mal stehen.

Ich finde es klasse, dass Ihr euch so offen der gesellschaftlichen Bedrohung namens Islam in den Weg stellt, obwohl Ihr euch dadurch namentlich zur Zielscheibe macht. Nicht nur bei den Muslimen selber, die ja, wie wir wissen, nicht sehr kritikfreudig sind und auch vor Gewalt bei negativer journalistischer Berichterstattung nicht zurückschrecken, sondern vor allem, weil viele Deutsche

mittlerweile PI, inklusive Sympathisanten, gerne in ein nationalsozialistisches Milieu werfen. Für euer Engagement also mein volles Lob.

Wenn ich persönlich über den Islam rede, dann rede ich von den Geschehnissen, die mich im Laufe meines 21-jährigen Lebens in meiner Heimat in Bezug auf dieses Thema geprägt haben. Und das sind so einige. Ich komme aus Dormagen, einer Kleinstadt zwischen Köln und Düsseldorf. In dem Stadtteil, in dem ich lebe und aufgewachsen bin, sind ein gefühltes Viertel Muslime. Hier hat sich eine prächtige Parallelgesellschaft etabliert, in der Türkisch die offizielle Sprache ist und man als Deutscher nicht nur schief angeschaut wird, wenn man sich in den falschen Kreisen aufhält. Es gab hier schon Schießereien und Messerstechereien, alles natürlich nur in diesem höchst muslimischen Stadtteil. Die anderen Stadtteile sind dabei eher ruhig und unbeachtet, nicht umsonst wird man hier pauschal als Bewohner meines Stadtteils schon als asozial abgestempelt.

Nun gut, soviel zu der Gegend, aus der ich komme. Ein Thema, was ja gar nicht so unwichtig ist, denn ich weiß, wovon ich rede, wenn ich vom Islam und Muslimen spreche. Ich begegne dieser Religion Tag ein und Tag aus, höre öfters Sprüche wie etwa „Scheiß-Deutscher, das ist unser Gebiet“ und lebe nicht in einem beschaulichen Vorort, wie so manch ein Politiker oder Islamfreund, der den Islam nur vom netten Dönerverkäufer aus der Innenstadt kennt.

An dieser Stelle muss ich noch einmal ansetzen, denn diesen Fehler begehen viele Menschen. Ich hörte schon oft, dass die Türken in der Türkei doch so gastfreundlich seien. Ebenso wie die in den Dönerbuden. Das die Türken jedoch ein Volk sind, dass vollkommen im Handel und Feilschen aufgeht, vergessen die meisten dabei. Natürlich wird es da nett, will man doch an den gut gefüllten Geldbeutel des Touristen bzw. Hungrigen. Und ebenso entstehen falsche Erfahrungen, die keinerlei objektiven Richtwert besitzen.

Die Erfahrungen, die ich jedenfalls machte, sind real und ungeschminkt. So ist meine Mutter seit einigen Jahren mit einem Türken verheiratet. Er selber ist nur auf dem Schein Muslim, praktiziert diese Religion nicht und glaubt wohl auch nicht daran. Viel mehr wird er nun jedoch von seiner Familie verachtet weil er es wagte, eine Deutsche zu heiraten. Eine evangelische Deutsche in Deutschland, wirklich ein Skandal.

Dementsprechend wird meine Mutter von dieser Familie auch behandelt. Auf den muslimischen Familienfesten wird sie keines Blickes gewürdigt. Unterhalten kann sie sich ohnehin nicht wirklich mit diesen Leuten, da nicht wenige kein einziges Wort Deutsch beherrschen. Sie wurden aus der Türkei nach Deutschland geholt, leben seit Jahren in ihrer türkischen Parallelgesellschaft und es bestand einfach nie Bedarf, ganz abgesehen von einer Notwendigkeit, die Sprache des Landes zu lernen, in dem man seit Jahren wohnt.

Ich verabscheue diese muslimische Familie und verstehe nicht, warum meine Mutter sich noch immer bemüht. Nicht wir Deutschen sind es, die sich integrieren müssen, sondern die Muslime. Und für mich liegt es auf der Hand, dass der Wille bei den meisten einfach nicht vorhanden ist. Was für mich jedoch noch viel erschreckender ist, ist die Tatsache, dass es sich bei dieser muslimischen Familie noch um eine der liberaleren muslimischen Familien handelt.

Alles in allem will ich euch nur für euer Engagement danken. Die gesellschaftlichen Misstände, die der Islam mit sich bringt, sind leider kaum noch zu übersehen und es bleibt nur zu hoffen, dass dieser Trend sich nicht noch weiter entwickelt, etabliert und vor allem, dass man für Demokratie und Rechtsstaat mutig dagegen angeht.

(Gastbeitrag von Campari)



Einknicken vor Scharia- Verbänden



Überraschend deutlich und unmissverständlich bezieht die *FAZ* Stellung zum Einknicken der NRW-Landesregierung – allen voran Forschungsminister Pinkwart – im Fall Kalisch gegenüber den im Koordinierungsrat der Muslime (KRM) organisierten Scharia-Verbänden. Es ist genau diese von uns immer wieder kritisierte Praktik, orthodoxe Verbände als Sprachrohr „der“ Muslime zuzulassen und damit alle wirklich Integrationswilligen vor den Kopf zu stoßen. (Foto: Ayyub Köhler, nebst Gattin, ZMD)

Niemand weiß jedoch, wen genau außer sich selbst der KRM vertritt. Mitglied sind neben der Ditib, einer vom türkischen Religionsministerium kontrollierten Organisation, der Islamrat, dessen stärkster Verein die antisäkulare und integrationsfeindliche Milli Görüs ist, sowie die Islamischen

Kulturzentren, über deren Verfassungstreue kürzlich herbe Zweifel geäußert wurden, und der Zentralrat der Muslime, der in seiner Charta die Menschenrechte unter Scharia-Vorbehalt stellt. Ansonsten geriert sich der KRM nebulös als Vertreter „der Muslime“, mit Zahlen hält man sich zurück. Sich registrieren zu lassen sei Muslimen fremd, betonen die Funktionäre. Am ehesten erhält man vom Verfassungsschutz Auskunft über vermutete Mitgliederstärken einiger Mitgliedsverbände. Nach Schätzungen der Islamkonferenz vertritt der KRM höchstens fünfzehn Prozent der Muslime. Wieso wird dann ausgerechnet diesen Verbänden so viel religionspolitischer Einfluss zugestanden?

(Dank an alle Spürnasen)

Die Ökoreligion



Die Ökoreligion ist in den 70er Jahren als Antwort auf den rasanten materiellen Aufschwung der 50er und 60er Jahre entstanden. Der in der Menschheitsgeschichte nie gekannte Überfluss war vielen unheimlich. Aus diesem Gefühl des Unbehagens, dass irgend etwas nicht stimmt, entstanden Schuldkomplexe, Katastrophentheorien und letztlich die Ökoreligion.

(Gastbeitrag von Vandale)

Eine Religion, die dem Deutschen Schuldgefühle einflößt, wenn er Strom – der sich in Kernkraftwerken in nahezu beliebigen Mengen umweltfreundlich und preisgünstig herstellen lässt – scheinbar unnötig verbraucht oder wenn er mit einem GMC 4x4 mit 30 l Verbrauch durch die Gegend braust. Die ökologische Religion predigt den Verzicht. In erster Linie den Verzicht der Anderen, um selbst ein guter Mensch zu sein

Ähnlich wie bei den Zeugen Jehovas wird den ungläubigen Sündern der Untergang durch die Atomkatastrophe, das Waldsterben oder seit ein paar Jahren durch die Klimakatastrophe vorhergesagt.

Die Ökoreligion ist in Deutschland Staatsreligion. Der Staat nutzt seine Macht, um ökologische Maßnahmen – wie das Aufstellen von umweltschädlichen Windmühlen – der Allgemeinheit zu belasten.

Die Unterstützung seitens des Staates wird genutzt, um der Ökologie einen wissenschaftlichen und seriösen Anstrich zu geben. Es wurden die Ökoinstitute in Darmstadt und Freiburg gegründet und von staatlichen Geldern getragen. Das Bundesumweltministerium sowie die Reaktorsicherheits- und Strahlenschutzkommission wurden von Fachleuten gesäubert und dienen nun dazu, der Ökologie und dem von ihr verbreiteten Glauben an eine Klima- und Atomkatastrophe einen wissenschaftlichen und seriösen Anstrich zu geben.

Atomkatastrophe: In den 70ern wurden der Kernenergie zahlreiche Risiken unterstellt. Gewaltige Explosionen mit Millionen Toten wurden vorhergesagt. Eine hohe Rate von Leukämie nahe der Kraftwerke. Die Erde könne sich wie die Sonne als Stern entzünden. Mittlerweile hat sich selbst unter Ökologen die Erkenntnis durchgesetzt, dass das Betriebsrisikopotential eines Leichtwasserreaktors nicht höher als das einer Konservenfabrik ist. Lediglich der Atom Müll – eigentlich ist ja die geringe Müllproduktion ein Vorteil der Kernenergie – wird jetzt als unlösbares Problem propagiert.

Waldsterben: Anfang der 80er Jahre traten in den Mittelgebirgen massive Waldschäden auf. Ökologen und die Regierungsmedien sagten daraufhin ein komplettes Sterben des deutschen Waldes innerhalb von wenigen Jahren voraus.

Klimakatastrophe: Es wird propagiert, dass die Nutzung fossiler Brennstoffe zu einem Anstieg des CO₂ Gehaltes in der Atmosphäre und zu einer Erwärmung des Klimas führe. Weshalb ausgerechnet das Verbrennen fossiler Brennstoffe mit CO₂ Emissionen von 35 Milliarden Tonnen – bei einer natürlichen Emission von 700 Milliarden Tonnen 5% innerhalb der Schwankungsbreite des Gesamtsystems – die Erderwärmung verursacht haben soll, ist nicht einfach zu verstehen.